



Foto: Anke Jacob

# Update aus Berlin

Juni 2024 (II)

## Motto der Woche:

*"United by Football – Vereint im Herzen Europas"*

Die Fußball-EM in Deutschland beginnt!



# Themen

1. Ankündigung Kommunalkonferenz
2. Rede von Wolodomy Selenkyj
3. AG Kommunalpolitik mit der KfW
5. Mehr Geld und Studienstarthilfe beim Bafög
6. Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit
7. Befragung der BReg mit Klara Geywitz
8. Novellierung des Hochbaustatistikgesetzes
9. Die Fußball-EM in Deutschland beginnt!

## Liebe Leserinnen und Leser,

Europa hat gewählt. Das Ergebnis ist für uns enttäuschend. Unsere Themen soziale Sicherheit, Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit sind den Menschen sehr wichtig. Aber das bringt sie nicht automatisch dazu, uns auch ihre Stimme zu geben. Die Menschen wollen uns stärker für unsere Sache kämpfen sehen.

Nach langen Verhandlungen haben wir in dieser Woche ein wichtiges Vorhaben beschlossen: Wir reformieren das Bafög. Wir machen die Förderung, die es seit über 50 Jahren gibt, besser und gerechter für alle. In den parlamentarischen Beratungen haben wir viel für Studierende herausgeholt. Uns freut besonders, dass es ab dem Wintersemester 2024/25 für Studierende mehr Geld, höhere Freibeträge sowie mehr Zeit zum Studieren und für Fachrichtungswechsel gibt. Besonders wichtig war uns,

dass Studienanfängerinnen und -anfänger, deren Eltern etwa Bürgergeld oder Wohngeld beziehen, eine Studienstarthilfe von 1.000 Euro erhalten. Denn nicht selten scheitern Studienpläne aus finanziellen Gründen. Wir greifen Studierenden mit der Starthilfe unter die Arme und sorgen so für mehr Bildungsgerechtigkeit.

Die Europawahl ist vorbei, die Fußball-Europameisterschaft der Männer startet. Sie beginnt am Freitag mit dem Eröffnungsspiel der deutschen Mannschaft gegen Schottland in München. Ich hoffe auf gute, spannende Spiele und darauf, dass die deutsche Mannschaft weit kommt im Wettbewerb. Sicher bin ich mir, dass wir in den kommenden drei Wochen ein guter Gastgeber für die europäischen Mannschaften und ihre Fans sein werden.

Viel Spaß beim Lesen!

Herzliche Grüße,



**F**rauen sind in der Kommunalpolitik noch immer stark unterrepräsentiert. Besonders im ländlichen Raum ist Politik leider in vielen Fällen weiterhin Männersache. Im Kreis Warendorf sind 15% der Bürgermeister\*innen Frauen, zwei in 13 Kommunen - womit die Region weit über dem deutschen Durchschnitt von 9% liegt. Welche Ursachen liegen diesem Ungleichgewicht zugrunde? Wie können wir das ändern? Diese und weitere Fragen sollen auf der großen Kommunalkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion geklärt werden.

der Kommunalpolitikerinnen finden. Nur einige der prominenten Referentinnen aus Kommunal- und Bundespolitik sind **Bundesinnenministerin Nancy Faeser**, **SPD-Chefin Saskia Esken** und die **Bundestagsvizepräsidentin Aydan Özoguz**, die erst kürzlich bei uns im Kreis Warendorf zu Gast war. Neben den Diskussionen bietet die Konferenz auch ein Netzwerkevent, bei dem frauenpolitische Vereine und Stiftungen teilnehmen und Informationen zur Vernetzung von Kommunalpolitikerinnen bieten.

### “WIE KÖNNEN WIR FRAUEN IN DER KOMMUNALPOLITIK STÄRKEN?”



Unter dem Motto "**Finanzen, Netzwerke und Empowerment**" findet die Veranstaltung am Freitag, den **28. Juni 2024, von 10:00 bis 14:00 Uhr im Otto-Wels-Saal** des Deutschen Bundestages in **Berlin** statt. Ein besonderes Augenmerk der Konferenz liegt auf der Rolle, dem Einfluss und der Förderung von Frauen in der Kommunalpolitik. Zwei zentrale Podiumsdiskussionen versprechen spannende Diskussionen: „Stadt.Land.Geld – Stabile Finanzen. Stabile Kommunen“ und „Gewalt gegen Kommunalpolitikerinnen - Strategien, Programme, Informationen“. Wir wollen das Engagement und die Sichtbarkeit von Frauen in der Kommunalpolitik stärken und konkrete Lösungen für die Herausforderungen

Dies soll den Austausch und die gegenseitige Unterstützung fördern. Die Veranstaltung bietet zudem eine Kinder-betreuung, um die Vereinbarkeit von politischer Arbeit und Care-Arbeit zu gewährleisten. Dies ist ein wichtiger Schritt, um Eltern, insbesondere Mütter, in ihrem politischen Engagement zu unterstützen. Die Teilnahme an der Kommunalkonferenz ist kostenlos, jedoch sind die Plätze begrenzt. Interessierte werden gebeten, sich bis zum 23. Juni 2024 unter **[www.spdfraktion.de/kommunalkonferenz2024](http://www.spdfraktion.de/kommunalkonferenz2024)** anzumelden. Auf der Seite sind zudem alle Infos zur Veranstaltung und ein detailliertes Programm zu finden. Für weitere Informationen stehen mein Team und ich gerne zur Verfügung.

# Rede des ukrainischen Präsidenten Selenskyj im Deutschen Bundestag

In dieser Woche hielt der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj eine bewegende Rede im Bundestag, in der er der Bundesrepublik Deutschland für ihre bisherige Unterstützung dankte und zugleich eindringlich an die gemeinsame europäische Verantwortung appellierte. Er hob hervor, dass wir den „Fehler der Europäischen Geschichte“ korrigieren müssen, indem der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine beendet wird. Selenskyj betonte mit Blick auf die Zeit der deutschen Teilung, dass „ein geteiltes Europa niemals friedlich sein kann und ein geteiltes Deutschland niemals glücklich“ gewesen sei.

Diese historische Erfahrung müsse als Mahnung dienen: Russland müsse für den angerichteten Schaden bezahlen und Europa solle gemeinsam daran arbeiten, ein normales Leben wieder aufzubauen.

Der ukrainische Präsident stellte klar, dass es im gemeinsamen Interesse Europas liege, dass Wladimir Putin den Krieg verliert und sein Versuch, Europa in eine kriegerische Auseinandersetzung zu verwickeln, scheitert. Er zog eine Parallele zum Fall der Berliner Mauer und erinnerte daran, dass damals niemand damit rechnete, dass diese Zeit enden könnte.



(c) Deutscher Bundestag / Marc Beckmann

Doch es war möglich – und genauso sollte es möglich sein, Putins Illusion von einem kriegerischen Europa zu zerstören: „Es gibt keine Mauer, die nicht fallen kann!“ Selenskyj machte deutlich, dass dies nur gemeinsam erreicht werden kann und versprach, dass die Ukraine Deutschland für diese gemeinsame Anstrengung auf ewig dankbar sein wird. Er wies darauf hin, dass die Ukraine bereits über 800 Tage einer Großoffensive ausgesetzt sei.

Im Februar 2022 hatte wohl noch niemand damit gerechnet, dass die ukrainische Verteidigung Russland so lange die Stirn bieten könne. Abschließend appellierte der ukrainische Präsident daran, die territoriale Integrität seines Landes zu sichern und gemeinsam für den Frieden in Europa zu kämpfen. Seine eindringlichen Worte ließen keinen Zweifel daran, dass er fest an die Solidarität und die Entschlossenheit Europas glaubt, um diese historische Herausforderung zu meistern.



## 1. Kommunale Infrastrukturfinanzierung

Christian D. Schmidt, Direktor für Kommunale und Soziale Infrastruktur, und Dr. Stephan Brand von KfW Research gaben Einblicke in die aktuellen Herausforderungen. Sie wiesen darauf hin, dass 90% der Kommunen mit einer Verschlechterung ihrer finanziellen Lage rechnen. Die Ausgaben übersteigen oft die Einnahmen, und es stellen sich dringende Fragen zur Priorisierung von Ausgaben

– vor allem in Bereichen wie Bildung und Umweltschutz, die durch Naturkatastrophen und Krisen immer wichtiger werden.

Die starre Finanzplanung der Kommunen stößt an ihre Grenzen, besonders durch extreme Preissteigerungen. Hier muss dringend etwas getan werden. Diese Mittel werden entweder direkt oder über Banken ausgezahlt.

Einsparungen sind oft schwierig umzusetzen, da viele Ausgaben gesetzlich festgelegt sind.



Das KfW Kommunalpanel, auch als "Wunschzettel der Kämmerer" bekannt, sammelt den Bedarf der Kommunen und zeigt die unsichere Finanzlage, den Investitionsrückstand und die Hindernisse für notwendige Investitionen auf.

Die KfW unterscheidet zwischen Eigenmitteln und Fremd- bzw. Fördermitteln, wobei die Beschaffung von Krediten immer schwieriger wird. Eine vorgeschlagene Lösung war die Einführung von Bundebürgschaften.

Die KfW unterstützt die Kommunen mit drei Förderinstrumenten:

1. Förderkredite mit günstigen Zinsen.
2. Förderkredit Plus mit zusätzlichen Vergünstigungen und Haftungsfreistellung.
3. Direkte Zuschüsse.

## 2. Hitzeschutz & kommunale Klimaanpassung

Tina Rudolph, MdB, griff das wichtige Thema Hitzeschutz auf. Sie betonte, dass dies zukünftig eine zentrale Rolle spielen wird, was auch der Bundesgesundheitsminister unterstrichen hat. Allerdings ist klar, dass effektiver Hitzeschutz erhebliche finanzielle Mittel erfordert, bei deren Bereitstellung die KfW eine wichtige Rolle spielt.

Bernhard Daldrup und Tina Rudolph wollen, den „Hitzeaktionsplan“ bei einem Fachgespräch weiter vertiefen.

Die Sitzung endete mit dem klaren Aufruf von Bernhard Daldrup, die finanzielle Unterstützung und Planung für die Kommunen zu verbessern, damit sie den vielfältigen Herausforderungen der Zukunft gewachsen sind.

# Mehr Geld und Studienstarthilfe beim Bafög

Seit 1971 können junge Menschen eine Förderung durch das Bundesausbildungsförderungsgesetz (Bafög) erhalten, um ihren Lebensunterhalt während einer schulischen oder akademischen Ausbildung zu finanzieren.



Um die Förderung besser an das Studierverhalten anzupassen und flexibler zu gestalten, verbessern wir zum dritten Mal in dieser Wahlperiode das Bafög. Den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur 29. Novelle beraten wir in dieser Woche abschließend.

Konkret ist vorgesehen, eine Studienstarthilfe von 1.000 Euro für Studienanfänger:innen einzuführen, deren Eltern Bürgergeld oder Wohngeld erhalten. Das Geld kann für Ausgaben verwendet werden, die zu Beginn des Studiums anfallen. Zudem wird die Zuverdienstgrenze fortlaufend so erhöht, dass ein Minijob immer anrechnungsfrei bleibt. Die Freibeträge für das Elterneinkommen werden um 5,25 Prozent erhöht, sodass wieder mehr junge Menschen gefördert werden und Personen, die eine Teilförderung erhalten, mehr Geld bekommen. Wer einen Fachrichtungswechsel anstrebt, hat künftig bis zum fünften Semester dafür Zeit, also ein Semester länger. Zudem kann ohne Angabe von Gründen ein Semester über die Regelstudienzeit hinaus studiert werden (Flexibilitätssemester).

Die Änderungen treten zu Beginn des Schuljahres 2024/25 und zum Wintersemester 2024/25 in Kraft. Im parlamentarischen Verfahren ist es uns zusätzlich gelungen, eine Nullrunde abzuwenden. Als Ausgleich für die gestiegenen Preise erhöhen wir den Bedarfssatz zum zweiten Mal in dieser Wahlperiode um diesmal fünf Prozent von 452 auf 475 Euro und die Wohnkostenpauschale von 360 auf 380 Euro für diejenigen, die nicht bei den Eltern wohnen.

Insgesamt steigt damit der Förderhöchstsatz von 934 auf 992 Euro.

Die geplante Anhebung der maximalen Rückzahlungssumme haben wir abwenden können. Im Gesetzentwurf war zunächst eine Anhebung vorgesehen. Aber wir finden: Wer eine Ausbildung aufnimmt, soll keine Angst vor einem wachsenden Schuldenberg haben müssen.

## Das Wichtigste im Überblick:

- ✓ Förderhöchstbetrag steigt von 934 auf 992 €
- ✓ Studienstarthilfe von 1.000 € für Studierende mit wenig Geld
- ✓ Mehr Hinzuverdienst bei Nebenjobs
- ✓ Flex-Semester: Zusatzsemester ohne Angabe von Gründen, Fachwechsel möglich
- ✓ Mehr junge Menschen profitieren: Höhere Einkommensgrenzen der Eltern
- ✓ Schuldendeckel wird doch nicht erhöht!

**WIR MACHEN DAS  
BAFÖG BESSER!**



# Nationaler Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit

Wohnungs- und Obdachlosigkeit verletzen die Menschenwürde. In Deutschland werden über 372.000 wohnungslose Menschen von den Kommunen oder durch freie Träger wegen Wohnungslosigkeit untergebracht. Von diesen sind fast ein Drittel minderjährig. Hinzukommen verdeckt wohnungslose Menschen, die also beispielsweise bei Verwandten oder Freunden unterkommen sowie obdachlose Menschen, also diejenigen, die auch nachts auf der Straße leben. Die Ampel hat sich vorgenommen, Wohnungslosigkeit bis zum Jahr 2030 in Deutschland zu überwinden. Dazu verabschiedete das Bundeskabinett Ende April den Nationalen Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit. Dieser soll erstmals alle Ebenen zur Überwindung von Wohnungslosigkeit in Deutschland zusammenführen. Er beinhaltet Leitlinien zu Prävention, Wohnraumangebot, akuter Unterbringung,

Gesundheitsversorgung, Wissensaustausch und Vernetzung sowie Aufklärung und Datenerhebung. Dazu werden individuelle, mehrsprachige Angebote ohne Zugangshürden benötigt. Der Nationale Aktionsplan beinhaltet auch ein Bekenntnis der Bundesregierung, alle Änderungen im Mietrecht gemäß Koalitionsvertrag umzusetzen. Zudem sollen Bund, Länder und Kommunen prüfen, ob ihre Wohnraumförderung die Zielgruppe der wohnungslosen Menschen ausreichend berücksichtigen. Als Dach für alle Akteure wurde ein Nationales Forum gegen Wohnungslosigkeit eingerichtet, das seit diesem Jahr über Jahresprogramme berät, die sich aus dem Aktionsplan ergeben. Mittelfristig soll eine bundeseigene Institution gegen Wohnungslosigkeit etabliert werden. Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche über den Aktionsplan der Bundesregierung debattiert.



# Befragung der Bundesregierung mit Klara Geywitz

Im Rahmen der obligatorischen Befragung der Bundesregierung stellte Klara Geywitz, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, in dieser Woche die aktuellen Fortschritte und Pläne im Bereich Wohnungsbau vor.

## Wiedereinführung Wohngemeinnützigkeit

Nach 25 Jahren wird die Wohngemeinnützigkeit wieder eingeführt. Dieser Schritt soll die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum weiter vorantreiben und ergänzt die bereits erheblich gestiegene Förderung des sozialen Wohnungsbaus, die nun bei 18 Milliarden Euro liegt. Zum Vergleich: In den vorherigen Legislaturperioden betrug diese Förderung nur 3 bis 5 Milliarden Euro.

## Erfolge im Wohnungsbau

Die erhöhte finanzielle Unterstützung zeigt bereits Wirkung. Im letzten Jahr stieg die Zahl der geförderten Wohneinheiten um 20 Prozent. Dies sichert inmitten der Baukrise dringend benötigte Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft und im Handwerk. Aktuell befinden sich 390.000 Wohnungen im Bauüberhang.

## Bürokratieabbau und Innovationsförderung

Zur Unterstützung der Bauwirtschaft setzt die Regierung auf Bürokratieabbau und Innovationsförderung. Ein zentraler Punkt ist dabei die Novelle zum Hochbaustatistikgesetz, die Bauherren und Unternehmen entlasten soll. Zusätzlich wird die Digitalisierung der Planungs- und Genehmigungsprozesse vorangetrieben, um das Bauen in Deutschland einfacher und kostengünstiger zu gestalten. Ein Beispiel hierfür ist der Gebäudetyp E, der ressortübergreifend entwickelt wird.

## Anpassung an den Klimawandel

Die Städte und Gemeinden werden bei der Anpassung an den Klimawandel durch das Programm „Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel“ unterstützt. Der Haushaltsausschuss hat hierfür erneut 100 Millionen Euro bewilligt, wovon ein Teil den von Unwetterschäden betroffenen Gemeinden im Südwesten zugutekommt. Zudem stehen 500 Millionen Euro für die kommunale Wärmeplanung bereit, die den Ländern möglichst bürokratiearm zur Verfügung gestellt werden. Ein umfassender Dialogprozess soll die Kommunen bei der Umsetzung unterstützen.

## Bekämpfung von Wohnungslosigkeit

Abschließend betonte Geywitz die Bedeutung des Nationalen Aktionsplans gegen Wohnungslosigkeit, der bald im Bundestag thematisiert wird und große Aufmerksamkeit verdient.





# Befragung der Bundesregierung mit Klara Geywitz

**I**m Anschluss an ihre Reden stellen sich die Ministerinnen und Minister dann wie üblich den Fragen des Plenums. In dieser Woche habe auch ich eine Frage an die Bauministerin gestellt. Die Bauwirtschaft befindet sich zweifelsohne in einer herausfordernden Situation. Während einige Abgeordnete von CDU/CSU eher pessimistische Prognosen abgeben, möchte ich aber betonen, dass wir in den letzten drei Jahren trotz dieser düsteren Prognosen etwa 300.000 Wohnungen fertiggestellt haben.

Daher habe ich die Ministerin gefragt, wie sie die Situation perspektivisch einschätzt und welche wichtigen Unterstützungsmaßnahmen sie vorsieht.

Klara Geywitz erläuterte, dass die letzten zwei Jahre besonders hart waren, hauptsächlich aufgrund des Zinssprungs infolge des Krieges in der Ukraine, der die Bauwirtschaft stark getroffen hat. Sie erwähnte punktuelle Förderprogramme im sozialen Wohnungsbau und klimafreundlichen Neubau sowie eine Erweiterung der Wohneigentumsförderung für Familien. Zudem betonte sie die Notwendigkeit, das Thema Boden anzugehen und das Erbbaurecht zu modernisieren, sowie mehr Bauland zu mobilisieren und überfordernde Standards zu reduzieren.

In meiner Nachfrage zur Bezahlbarkeit im Bausektor habe ich die Bedeutung der neuen Wohngemeinnützigkeit und der erheblichen Mittel für den sozialen Wohnungsbau hervorgehoben. Ich fragte, ob diese Mittel tatsächlich bei den Ländern ankommen und ob sie auch für Sonderfälle wie den Bau von Azubi- und Studierendenwohnungen aufgestockt werden.

Die Ministerin bestätigte, dass die Wohngemeinnützigkeit im Bundeskabinett behandelt wurde und prognostizierte, dass etwa 100 Unternehmen dieses Modell für über 100.000 Mieter nutzen werden. Sie versicherte, dass die Mittel für den sozialen Wohnungsbau vollständig von den Ländern abgerufen werden und dass das Sonderprogramm für studentisches und Azubi-Wohnen die Situation der Studentenwerke verbessert hat. Erstmals gibt es in vielen Bundesländern eine Förderung für Azubi-Wohnen, was für den zukünftigen Fachkräftebedarf von großer Bedeutung ist.

Mit diesen Maßnahmen setzt die Bundesregierung klare Signale für eine nachhaltige und soziale Wohnraumpolitik in Deutschland.



# Novellierung des Hochbaustatistikgesetzes

**D**er Bundestag hat in dieser Woche die Verhandlungen über den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Novellierung des Hochbaustatistikgesetzes abgeschlossen.

Statistische Erhebungen der Bautätigkeit stellen unentbehrliche Informationen für Politik, Stadtplanung, Wirtschaft, Wissenschaft und Klimaschutz bereit. Entsprechende Ergebnisse finden vor allem in der Konjunktur- und Wohnungspolitik, in der Wohnungs- und Bauwirtschaft sowie in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Anwendung.



Um diese Datengrundlage und somit die Möglichkeiten zur politischen Steuerung zu verbessern, ist nun eine Änderung des Hochbaustatistikgesetzes geplant. Künftig sollen damit auch unterjährig Daten zur Verfügung stehen, außerdem werden neue Merkmale wie barrierefreier Wohnraum ergänzt.

Durch die Nutzung digitaler Verfahren sinkt außerdem der Erfüllungsaufwand für die Bauherren.

Vorgesehen ist, Baubeginne und Baufertigstellungen monatlich zu erheben und vierteljährlich aufzubereiten und zu veröffentlichen. Erhoben werden soll auch der Anteil des sozialen Wohnungsbaus. Beim Statistischen Bundesamt soll ein Auswertungssystem aufgebaut werden. Aktuell liegen die Baufertigstellungen nur jährlich vor und werden erst im Mai des Folgejahres veröffentlicht, lediglich die Baugenehmigungen liegen bislang unterjährig vor. Diese werden allerdings teilweise nicht unmittelbar erfasst und besitzen daher nur beschränkte Aussagekraft über die tatsächliche Bautätigkeit. Die neuen unterjährigen Erhebungen von Baubeginn, Baufertigstellung und Baugenehmigung ermöglichen künftig eine kurzfristigere Beobachtung des Baugeschehens. Zum sozialen Wohnungsbau oder barrierefreiem Wohnraum sind bislang keine Daten in der amtlichen Statistik enthalten. Durch das neue System der statistischen Erfassung werden dann kurzfristigere und aussagekräftigere Auswertungen möglich.



# Start der Fußball-EM in Deutschland

**U**nited by football - vereint im Herzen Europas! So lautet das Motto der Fußball-EM 2024 in Deutschland. Heute Abend fällt mit dem Auftaktspiel Deutschland gegen Schottland der Startschuss. Gemeinsam mit den Bundestagsborussen und sicherlich ganz vielen Fans drücke ich dem deutschen Team fest die Daumen! Vor allem aber wünsche ich mir eine friedliche und fröhliche EM. Public Viewing, gemeinsam feiern und die unterschiedlichen Nationen anfeuern - ein solches Turnier hat großes Potenzial unsere Gesellschaft zu einen - ganz getreu dem Motto "United by Football"!



Foto: Anke Jacob



Jahreshauptversammlung der Bundestags-Borussen am 12. Juni